

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1877

16.1.1877 (No. 13)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 16. Januar.

№ 13.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Eindrucksgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1877.

Telegramme.

† Berlin, 13. Jan. Der „Reichs-Anzeiger“ erklärt die Meldung des in Konstantinopel erscheinenden „Levant-Herald“, daß der deutsche Botschafter in der Konferenz-Sitzung vom 11. d. Mts. seinen Austritt angekündigt, wenn sich die Pforte nicht kategorisch über die Annahme oder die Ablehnung der Konferenzvorschläge erkläre, für vollständig erfunden. — Im Anschluß an vorstehende Meldung des „Reichs-Anzeigers“ werden alle anderen Nachrichten der auswärtigen Presse über eine angeblich der Herstellung eines friedlichen Abkommens mit der Pforte weniger günstige Haltung der deutschen Regierung von bester Seite als falsch bezeichnet.

† Stuttgart, 13. Jan. Der „Staatsanzeiger für Württemberg“ enthält gegentheiligen Zeitungsbehauptungen gegenüber eine Ausführung, worin gesagt wird: Die Regierung von Württemberg förderte das Zustandekommen der Justizgesetze so viel wie möglich. Der Vertreter derselben im Bundesrathe nahm persönlich ein lebhaftes Interesse an der Einigung. Die Infimiation, Minister v. Wittmann wäre bei dem Abschluß des Kompromisses zurückgesetzt worden, sei un wahr und grundlos, sämtliche Bevollmächtigte erhielten vor Abschluß Kenntniß über den Inhalt des Kompromisses.

† Wien, 13. Jan. Die „Polit. Korresp.“ meldet aus Konstantinopel: Die Lage ist äußerst gespannt und auf einen Umschwung der Ansichten der Pforte kaum noch zu rechnen, doch dauern die offiziellen Verhandlungen noch fort. — Ein Schreiben der „Polit. Korresp.“ aus St. Petersburg betont, daß die Pforte, indem sie in der Wägung der Konferenz eine Schwäche Russlands zu erblicken glaubt, ganz vergesse, daß nicht Russland, sondern die Konferenz das Wort führt. Wenn der Augenblick gekommen, daß Russland im Namen Europas sprechen soll, dann werden auch kräftigere, der Pforte verständlichere Argumente nicht ausbleiben.

† Kopenhagen, 13. Jan. Das Kriminalgericht verurtheilte den Führer der Socialisten, Briz, wegen Preßvergehen und Majestätsbeleidigung zu 4 Jahren Zuchthaus.

† Konstantinopel, 13. Jan. Fürst Ghika stellte Savfet Pascha eine Note zu, welche verlangt, die Türkei solle anerkennen, daß Rumänien keinen integrierenden Theil des Osmanenreiches bilde.

† Konstantinopel, 14. Jan. Die „Agence Havas“ meldet: Die letzte Mittheilung, welche die Bevollmächtigten auf der morgigen Konferenz-Sitzung machen werden, wird ein Resümee gemilderter Forderungen der Mächte bilden. Einige Punkte sollen selbst offen gelassen werden — die Gendarmerie, das Cantonement der türkischen Truppen und die Zweitheilung Bulgariens würde gar nicht erwähnt werden — die Frage der Ueberwachungskommission würde unter Aufrechterhaltung des Prinzips derselben in abgeschwächter Form behandelt und die dieser Kommission zustehende Kontrolle herabgemindert werden. Man sagt, selbst die europäische Kommission solle durch eine gemischte Kommission ersetzt werden. Endlich solle bezüglich der Ernennung der Gouverneure die Genehmigung der Mächte bloß für das erste Mal verlangt werden. Die Bevollmächtigten scheinen der Ansicht zu sein, daß diese Konzessionen die Türken bestimmen könnten, dieser letzten Mittheilung zuzustimmen. Heute noch werden die Bevollmächtigten Besprechungen unter sich haben und soll der Wortlaut der Mittheilung in obigem Sinne festgesetzt werden. Heute versammelt sich der türkische Ministerrath.

Reichstags-Wahlen.

Zweibrücken-Pirmasens: Schmidt (nat-lib) endgiltig mit 9234 St. gew.; die Gegenkandidaten Becker und Freudenberg erhielten 8819 bzw. 475 Stimmen.

Greiz: Bläß (Socialdemokrat) gewählt.

Birnbaum-Dornik: Graf Kvitel (Pole).

Kolmar: Publizist Grad (Autonomist).

Königsberg, Landkreis: Satoki (konservativ).

Calw: Stälin (reichsfreundlich).

Angerburg-Löben: Polizeipräsident Staudy siegte gegen Soden-Larpuschen.

Hohenzollern: Benefiziat Mayer (Zentr.) zweifellos gewählt, Mainz (offiziell): Decker 9360, Mousang 7465, Mofl 1884, zerpfittet 26 Stimmen. Absolute Majorität 9368 Stimmen. Stichwahl am 18. Januar.

München: 1. Wahlkreis: Frhr. v. Stauffenberg mit 7718 St. gewählt.

Bayreuth: Feußel mit 6077 St. gew. Der Gegenkandidat Pa-pellier (Fortshr.) erhielt 3498 St.

Reiseim-Rottenburg: Anton Lang (ultram.) mit 8998 St. gewählt.

Illertissen-Neuim-Remmigen: Frhr. v. Aretin (ultram.) mit 10,297 St. gew.

Kronach-Lichtenfels: Pfarrer Frank (ultram.).

Kaufbeuren-Füssen-Mindelheim: Werke (ultram.) mit 11,707 St. gew.

Passau-Wegscheid-Wolfslein: Kräger (ultram.) gew.

Neubadt a. S.-Riffingen: Frhr. v. Habermann (ultram.) mit 10,806 St.

Ansbach-Schwabach: Herz (Fortshr.) mit 6961 St. gew.

Straubing: Prehsing (Zentrum) 11,922 St. gegen Förderer 2565 St.

Wasserburg (Bayern): Soden (Zentrum) 14,225 St. gegen Stauffenberg 1689 St.

Bamberg: Horned (ultramontan) 11,137 St. gegen Schmitt 5841 St.

Amberg: Ruffwurm (ultramontan) 9545 St. gegen Gajner 3495 St.

Passau: Kräger (ultramontan) 10,516 St., liberaler Gegenkandidat 2476 St.

Im Wahlkreis Würzburg hat Freiherr zu Rhein (ultramontan) mit 93 Stimmen Majorität gefügt.

Deutschland.

† Berlin, 12. Jan. Dem Landtag wird in seiner nächsten Session (und wie wir hören, in erster Linie dem Herrenhause) ein Gesetzentwurf über die Aufhebung des Patronatsrechts zugehen. Bereits befinden sich unter den eingegangenen Petitionen solche, welche sich gegen eine schon früher veröffentlichte Bestimmung des bereits ausgearbeiteten Gesetzentwurfs lehnen. Nach derselben wird nämlich der Fortbestand jener Patronate aufrecht erhalten, deren Aufhebung weder von den Patronen noch von den Kirchengemeinden verlangt wird. Die Petitionen weisen darauf hin, daß in den wenigsten Fällen die Patrone eine solche Aufhebung verlangen werden, und daß namentlich die ärmeren Gemeinden selten sich entschließen werden, die mit Kosten verbundenen Rechte zu übernehmen. — Der Vorstand der Korporation der Berliner Buchhändler hatte sich vor Jahres-schluß noch einmal an die preussischen Minister des Innern und des Kultus gewandt, um, gestützt auf das Preßgesetz vom Jahre 1848, die Einwilligung der Regierung in die Aufhebung der „Pflichtexemplare“ zu erlangen. Die beiden gedachten Minister haben indessen rekrusiert, daß es bei der ferneren Verpflichung zur Ablieferung von neuen Publikationen an die Bibliothek sein Bewenden haben müsse. — Von den Weinkommissionären des Rheinganges treffen jetzt die ersten Berichte über die vorjährige Ernte ein. Es geht aus denselben hervor, daß die besseren Lagen nur einen halben Herbst erzielt haben. Was die Qualität anbelangt, so wird der Jahrgang 1876 gegen 1874 und 1875 im Rheingau zurückbleiben, wogegen in Rheinhessen der Wein theils eben so gut wie 1875 und selbst mitunter besser geworden ist. Die Schuld liegt an dem mangelnden guten Wetter. Besonders die kalten Regengüsse in der Zeit von Mitte August bis Anfang Oktober haben die Hoffnungen des Wingers zum guten Theil vernichtet. Hätte der Oktober nicht noch einige gute Tage gebracht, so wäre die Qualität eine ganz geringe geworden. Das Geschäft in neuem Wein wird als sehr still bezeichnet. Das wird indessen wohl an den ungünstigen Zeitverhältnissen im Allgemeinen liegen.

† Berlin, 12. Jan. Auf den Bericht der Kommission zur Ausarbeitung eines bürgerlichen Gesetzbuchs für das Deutsche Reich, der morgen Abend veröffentlicht werden wird, darf man mit Recht gespannt sein. Bekanntlich gingen vor mehr als Jahresfrist bei dem großen Brande im hiesigen „Kaiserhof“ schätzenswerthe Materialien, welche den Arbeiten des Vorsitzenden der Kommission, des Reichs-Oberhandelsgerichts-Präsidenten Pape, zur Unterlage dienten, zu Grunde. — Im Allgemeinen werden die Wahlergebnisse nur sehr langsam und allmählig hieher gemeldet. Es ist das ein Beweis, daß die Organisation der Parteien, die nur bei den Socialdemokraten in einzelnen Bezirken musterhaft genannt werden kann, im Großen und Ganzen bei uns noch viel zu wünschen übrig läßt. Nur wenige Zeitungen haben einen rühmlichen Eifer gezeigt, durch sorgsam geleitete Nachforschungen das Ergebnis in den sie besonders interessirenden Wahlkreisen so frühzeitig wie möglich festzustellen. — Die Socialdemokratie hat bei den diesmaligen Wahlen den Erfolg ihrer Wählererei nicht allein in den größeren Städten und den schon lang unterminirten ländlichen Bezirken von Schleswig-Holstein dargethan; dies beweist u. A. die privatim hieher gemeldete Niederlage des Abg. Dr. Oppenheim in dem Fürstenthum Reuß a. L. Der verdiente Abgeordnete, der Jahre lang mit entschiedenem Mißerfolge bei verschiedenen Gelegenheiten kandidirt hatte, war endlich im Jahr 1874 in engerer Wahl gegen einen Socialdemokraten durchgedrungen. Diesmal aber hat der letztere im ersten Anlauf den Wahlkreis gewonnen.

† Berlin, 12. Jan. Die Nachrichten über den Anfall der Wahlen sind so wenig genau und vollständig, daß man auch noch nicht einmal annähernd ein richtiges Urtheil über das Wahlergebnis erhält, nur das Eine stellt sich immer mehr heraus, daß die Socialdemokraten eine wahrhaft erschreckende Zahl von Stimmen erhalten haben. In Hamburg-Altona, also bei einer Bevölkerung von wenig mehr als 400,000 Seelen, haben die Socialdemokraten weit mehr als 30,000 Stimmen abgegeben, so daß die Gegenkandidaten nur mit einer äußerst schwachen Majorität durchgebracht wurden, auch in Magdeburg und Köln, wo bisher die socialdemokratische Partei kaum einen nennenswerthen Anhang hatte,

ist dieselbe in einer imponirenden Stärke aufgetreten, noch mehr gilt dies von Nürnberg, wo der socialdemokratische Kandidat mehr als 10,000 Stimmen auf sich erzielt hat und bei der engeren Wahl wahrscheinlich siegen wird. In der Stadt Braunschweig ist der bekannte Socialdemokrat Bracke mit einer bedeutenden Majorität aus der Wahlurne hervorgegangen, und selbst in vielen Städten unter 30,000 Einwohnern haben die Socialdemokraten den Sieg über die Liberalen davongetragen. Nichts desto weniger wird die Zahl der socialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage kaum mehr als 15 betragen, es sind mehr die starken Minoritäten in den Großstädten, die zu denken geben. Besonders bemerkenswerth ist, daß die Fortschrittspartei auch in den Provinzen nicht unerheblich verloren hat, auch gilt die Wahl der H. B. Böwe und Berger, gegen welche die Fortschrittspartei in Westphalen intriguirte, als gesichert. In Hannover haben bis jetzt die Nationalliberalen zwei Sitze verloren. Was aber als eine hocherfreuliche Erscheinung bei den Reichstags-Wahlen betrachtet werden darf, ist die für die zukünftige Entwicklung der elsäß-lothringischen Lande schwer wiegende Thatsache, daß die Autonomisten, welche der franzosenfreundlichen Protestpartei und den Klerikalen feindlich gegenüber stehen, nicht weniger als fünf Kandidaten bei den Wahlen durchgebracht haben. Die Mitglieder dieser Partei sind zwar nicht regierungsfreundlich, aber reichsfreundlich sind sie entschieden nicht; überhaupt gilt das Eine heute als gewiß, daß die Majorität des im nächsten Monat zusammentretenden Reichstages eine reichsfreundliche ist und die Reichsfeinde kaum mehr als 150 zählen.

Heute früh 8 Uhr ist, wie bereits telegraphisch gemeldet worden, der bisherige Besitzer der kgl. geh. Oberhofbuchdruckerei, Hr. Rudolf v. Decker, verstorben. Sein Name ist nicht nur in Berlin, nicht nur in Preußen, sondern sogar weit über die Grenzen Deutschlands hinaus gekannt und geachtet und die vielfachen und hohen Ehrenbezeugungen, welche dem Verstorbenen von allen Seiten und namentlich von den preussischen Monarchen zu Theil wurden, dokumentiren, daß seine aufopfernde, sich nach allen Seiten hin richtende Thätigkeit auch Anerkennung gefunden. Leider war der im 74. Lebensjahr befindliche Verstorbene in den letzten Jahren stets leidend. Sein Sohn leitete das umfangreiche und weltberühmte Buchdruckerei- und Verlagsgeschäft schon während des letzten Jahrzehnts.

† Berlin, 13. Jan. Die Matthias'sche „Deutsche Reichskorresp.“ schreibt: Die russische Regierung, welche schon längst im Klaren darüber gewesen, daß die Pforte den Krieg begehrt will, weil sie die russische Armee der türkischen zur Zeit nicht gewachsen hält, hat nunmehr alle Anordnungen getroffen, die zur Herstellung einer den Türken überlegenen Offensivarmee erforderlich sind. Es sind nicht nur die beiden Armeecorps, welchen die Bewachung der Küsten des Schwarzen Meeres oblag, der aktiven russischen Südararmee einverleibt, sondern es sollen noch vier weitere Reservecorps aufgestellt werden, um den ungernehmlich gewordenen Krieg mit aller Energie zu führen. Was die meisten öffentlichen Blätter von den Mängeln und Uebelständen des russischen Militärwesens behaupten, wird von sachverständigen Militärs in Abrede gestellt; die russische Armee wird durchweg wegen ihrer vortrefflichen Bewaffnung und wegen ihrer sonstigen Kriegstüchtigkeit gelobt.

† Berlin, 13. Jan. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ enthält folgende Berichtigung: In verschiedenen hiesigen Blättern hat eine von der „Politischen Korrespondenz“ aus Smyrna gebrachte Nachricht von der Verhaftung zweier Offiziere des auf der dortigen Hebe ankernden deutschen Geschwaders, welche sich bei dem Anlauf von Schiffsbedarfsmitteln erhebliche Unterschleife hätten zu Schulden kommen lassen, Aufnahme gefunden.

Auf Grund einer von kompetenter Seite kommenden Mittheilung kann diese Nachricht dahin klargestellt werden, daß nicht Seeoffiziere, sondern die beiden Zahlmeister Sr. Maj. Schiffe „Friedrich Karl“ und „Kronprinz“ sich diese Unredlichkeit haben zu Schulden kommen lassen, indem sie den mit den Lieferungen von Proviant und Schiffsmaterial betrauten Lieferanten in Smyrna und Salonichi den Betrag ihrer Rechnungen in Kupferwährung auszahlten, während sie ihn der Schiffskasse in Goldwährung zur Last stellten. Auch sind dieselben nicht, wie gesagt wurde, im deutschen Konsulat, sondern an Bord ihrer Schiffe in Untersuchungshaft genommen worden, um bei der bevorstehenden Rückkehr derselben in die Heimath den zuständigen Gerichten überwiesen zu werden.

† Berlin, 13. Jan. Der „Deutsche Reichsanzeiger“ bringt folgende (telegraphisch bereits signalisirte) Mittheilung: Der in Konstantinopel erscheinende „Levant Herald“ meldet vom 12. d. M., daß Frhr. v. Werther in der Konferenz-Sitzung vom 11. Januar seinen Austritt angekündigt habe, wenn die Pforte sich nicht kategorisch über Annahme oder Ablehnung der ihr von der Konferenz gemachten Vorschläge äußerte. Diese, telegraphisch in die Presse des Auslandes übergegangene Nachricht ist vollständig erfunden.

Demselben Blatt entnehmen wir Folgendes: Der deutsche

Schooner „Minna“, dessen Begegnung durch ein spanisches Kriegsschiff die Zeitung „Zberia“ vom 6. d. M. in einem bereits in deutsche Zeitungen übergegangenen Schreiben aus Sulu vom 5. Nov. berichtet und erzählt, ist in Folge eines telegraphischen Befehls der spanischen Regierung nach Manila um die Mitte November wieder freigegeben worden. Es bedarf kaum der Erwähnung, daß dieser, auf die Behauptung der „Zberia“, daß sich das deutsche Handelsschiff einer Verletzung des Völkerrechts schuldig gemacht hätte, wahr wäre. Kommen bei den unklaren Beziehungen zwischen Spanien und Sulu in früheren Fällen dieser Art spanische Behörden über die Berechtigung fremder Schiffe zum freien Verkehr im Sulu-Archipel zweifelhaft sein, so war jeder Zweifel seit dem April v. J. ausgetrieben, wo die spanische Regierung nach längerer Verhandlung den Regierungen von Deutschland und Großbritannien erklärt hat, daß, welches auch die Beziehungen zwischen Spanien und Sulu sein mögen, keiner dieser beiden Staaten das Recht besitze, den direkten Verkehr fremder Schiffe mit den Häfen des Sulu-Archipels zu beschränken. Nachdem diese Erklärungen in der offiziellen Singapore Zeitung abgedruckt und von dem Gouverneur von Labuan zur Richtschnur englischer Schiffe veröffentlicht worden waren, war der kaiserliche Konsul in Singapore vollständig im Rechte, wenn derselbe die „Minna“ direkt nach dem Sulu-Archipel ausließ. Es bedurfte hierzu weder des Bijas des spanischen Konsuls in Singapore, noch der Erlaubnis einer spanischen Behörde und eben so wenig des vorherigen Anlaufens von Zamboanga, um dort Zölle zu entrichten. Diese unerwünschte Angelegenheit hat seit jener Beischlagnahme zu erneuten Verhandlungen Anlaß gegeben, welche bei den freundschaftlichen Beziehungen beider Regierungen hoffentlich bald zur vollständig unbehinderten Ausübung der vorläufig anerkannten Verkehrsfreiheit führen und den nur zu häufig versuchten Störungen derselben ein Ende machen werden.

Leipzig, 10. Jan. (Aus der Rechtsprechung des Reichs-Oberhandelsgerichts.) Für den künftigen Lohn von 450 M. jährlich war ein Land-Briefträger durch seinen Dienstvertrag verpflichtet, alle Wochentage dem Postdienste zu widmen. Sein Vorstand verwendete ihn aber auch an Sonn- und Festtagen oft 8—10 Stunden hindurch. Dafür wollte der Mann Entschädigung, als er entlassen worden war; allein die Postbehörde verweigerte es und ein Rechtsmittel mangelte für die von ihm erhobene Klage. Der Beamte, welcher über seine kontraktliche Verbindlichkeit hinaus arbeitet, thut dies in Hoffnung auf Beförderung oder Remuneration, kann aber nicht wegen getäuschter Hoffnungen einen ihm nicht zugesagten Lohn begehren.

In dem großen Streite, ob die österreichischen Eisenbahnen die Coupons ihrer Obligationen nach dem deutschen Münzsysteme einlösen müssen, wenn sie die Zahlung an deutschen Plätzen und in deutscher Münze zugesagt haben, liegt wieder ein diese Frage behandelndes Urteil des obersten deutschen Gerichtshofes vor. Die Ferdinands-Nordbahn hat für 21 Millionen Gulden Prioritätsobligationen mit Coupons ausgegeben, welche pro 100 fl. nach Wahl des Zahlers mit 5 fl. österr. W. Silber in Wien, oder mit 5 fl. 50 kr. südd. W. in Frankfurt a. M., oder mit 3 1/2 Thlr. in Berlin zahlbar sind. Die Schuldnerin will aber in Berlin nach dem jetzigen Silberkurs nur 9 M. 80 Pf. zahlen. Auch das neueste Urteil tendenziert zur Zahlung der 3 1/2 Thlr. resp. 10 M., weil demalsten noch die Thalerstücke ein gültiges Zahlungsmittel sind, läßt also die spätere und schwierigste Frage ungelöst, nämlich die, wie es werden soll, wenn die Silberthaler eingezogen sind.

Leipzig, 12. Jan. (Aus der Rechtsprechung des Reichs-Oberhandelsgerichts.) Ein Krämer sendete an den Großisten die Waaren als probewürdig zurück, machte das Packet frei und legte den Brief über die Dispositionsstellung in das Packet hinein. Allein der Großist verweigerte einfach die Annahme des Packets, und erst nach dessen abermaligem Empfange zeigte der Käufer dem Großisten in einem besonderen Schreiben die vertragswidrige Beschaffenheit der Waare an, was Jener nunmehr als verspätet bestritt. Dieser Einwand wurde für unbeachtlich erklärt. Bei kleineren Bestellungen ist das vom Krämer eingehaltene Verfahren üblich, und der Käufer haftet nur für rechtzeitige Abfertigung der Mängelanzeige, nicht auch für deren Eintreffen bei dem Verkäufer. Es war zudem die eigene Schuld des letzteren, daß er erst spät von der Dispositionsstellung Kenntnis erhielt.

Nach dem am Rheine geltenden bürgerlichen Gesetzbuche gibt es eine elterliche Theilung, indem nämlich die Eltern bei Lebzeiten oder im Testamente ihr Vermögen unter die Kinder vertheilen. Dies Geschäft ist im Reichslande einer viel höheren Abgabe unterworfen als die gewöhnliche Schenkung der Eltern an Kinder, und so bedient man sich bei den so genannten Vermögensübergaben meistens der Schenkungsform. Die Finanzbehörden behandeln dies als Steuerhinterziehung, aber das oberste Reichsgericht hat ausgesprochen, wenn der Vertrag nach Form und Inhalt wirklich eine Schenkung sei, so sei nur die hierfür bestimmte Abgabe zu erheben, indem es Jedem freistehet, für seine Rechtsgeschäfte die ihm konvenirende Art des Altes zu wählen; ziehe er die wohlfeilere Schenkung vor, so mache er nur von einem gesetzlichen Rechte Gebrauch.

Während des einstündigen Aufenthaltes auf dem Bahnhofe einer Zwischenstation hatte der Zugmeister Geschäfte auf dem Bureau des Vorstandes. Als er dabei über die Schienen ging, stolperte er, fiel hin und beschädigte sich so schwer, daß er dienstuntauglich wurde. Seine auf Grund des Reichs-Haftgesetzes erhobene Entschädigungsklage wurde abgewiesen; nicht jede Handlung eines Eisenbahn-Beamten gehört zum Betriebe der Eisenbahn, und nur die bei diesem vorgekommenen Unfälle stehen unter jenem Gesetze. Das Hin- und Hergehen im Bahnhofe hat an sich nichts mit dem Eisenbahn-Betriebe zu thun und das Hinfallen kann an jedem anderen Orte vorkommen.

dem Eisenbahn-Betriebe zu thun und das Hinfallen kann an jedem anderen Orte vorkommen.

Frankreich.

Paris, 13. Jan. Die von dem Vauvenminister Christophle eingesetzte Kommission für die Frage der Restauration des Tuilerienschlusses hat, wie das „Journal officiel“ meldet, in einer gestern abgehaltenen Sitzung folgenden Gutachten einstimmig zum Beschlusse erhoben: 1. Der noch aufrecht gebliebene Theil des Schlosses soll erhalten und restaurirt, dabei sollen aber 2. nur die Außenmauern und die sonst nöthigen Stützmauern, das Dach und äußere Holzwerk, die Grundmauern und Terrassen wieder hergestellt und befestigt, jeder der beiden Eckpavillons mit einer Seiten-façade ausgestattet, endlich um das ganze Gebäude ein Gartenparterre angelegt, 3. diese Arbeiten so beschleunigt werden, daß sie bis zum 1. Mai 1878 fertig sind; 4. das so wieder hergestellte Schloss soll bis auf Weiteres zu einem Kunstmuseum dienen. — Der Minister wird, wie das amtliche Blatt anzeigt, demnächst einen Gesetzentwurf dieses Inhalts im Senat einbringen, welcher die Frage zuerst in die Hand genommen hatte.

Der „Figaro“ hinterbringt eine charakteristische Aeußerung, welche der türkische Votchschafter neulich bei einem Diner gethan hätte, das ihm ein großer Pariser Finanzier gab. Auf die Frage, ob es wirklich zum Kriege zwischen Rußland und der Türkei kommen werde, hätte Sadyk Pascha stolz erwidert: „Nein, wenn es Rußland gelingt, eine Hinterthür zum Rückzuge zu finden!“

Der Seinepräfect hat den Generalrath des Departements in der üblichen Weise eingeladen, an den morgen abzuhaltenen öffentlichen Gebeten für die Arbeiten der Kammern Theil zu nehmen. Der Präsident des Generalraths, Herr Ernst Lefèvre, hat die Einladung mittelst Rundschreibens an seine Kollegen mit folgendem Besatze geleitet: „Indem ich diese Mittheilung zu Ihrer Kenntnis bringe, glaube ich, werther Herr und Kollege, hinzufügen zu sollen, daß Ihr Präsident dieser Ceremonie nicht beiwohnen wird.“

Im Handelsgerichte des Seine-Departements erklärte heute der neue Präsident, Herr Caudebot, indem er von seinem Ehrenamte Besitz nahm und in einer Ansprache die Welt-Ausstellung von 1878 berührte, das Unternehmen künftige sich unter den besten Auspicien an und die Anmeldungen der Aussteller seien schon jetzt sehr zahlreich. Desgleichen liest man in einem Zirkular, welches der General-Kommissär der Ausstellung, Senator Kranz, an die Präfecten gerichtet hat. „Schon heute sind die Anmeldungen für Paris zahlreicher, als im Jahre 1867; ich erwarte von Ihrer eifrigen Propaganda, daß auch die Provinz nicht zurückbleiben wird.“

Der Ministerpräsident Jules Simon empfängt heute die Abgeordneten der Stadt Paris, welche ihn, da sie einen neuen Amnestieantrag, der doch keine Aussicht hätte, durchzubringen, nicht stellen wollen, wenigstens um ein ausgiebiges Maß individueller Begnadigungen angehen werden. Insbesondere möchten sie erwirken, daß die Gnade sich auch auf die in contumaciam Verurtheilten oder doch auf gewisse Kategorien derselben erstrecken möge. Louis Blanc und Gambetta haben diesen Schritt vorbereitet, über dessen Erfolg wir wohl morgen zu berichten in der Lage sein werden.

Hr. Bergmann, das soeben in Straßburg gewählte Reichstags-Mitglied, ist eine auch in hiesigen elässischen Kreisen wohlbekannte Persönlichkeit. Wie man uns sagt, gilt er bei seinen Landsleuten für eine Autorität in Finanzsachen und dürfte in den Budgetverhandlungen des Reichstags eine hervorragende Rolle spielen.

Paris, 14. Jan. Der Audienz, welche der Ministerpräsident Jules Simon gestern den Abgeordneten von Paris gab, wohnen auch der Justizminister Martel und sein Unterstaatssekretär Méline bei. Die Abgeordneten der Hauptstadt waren mit Ausnahme der Herren Thiers, Herzog Decazes und Pascal Duprat vollständig erschienen. Gambetta führte das Wort und überreichte dem Premierminister eine Note, welche in acht Punkten die Begnadigungswünsche der Pariser Deputirten zusammenfaßt. Jules Simon versprach, dieselbe aufmerksam zu prüfen, und erkannte schon jetzt die Nothwendigkeit an, die Begnadigungskommission durch einige liberale, den Pariser Verhältnissen näher stehende Mitglieder zu verstärken. Hinsichtlich der in contumaciam Verurtheilten machte Martel juristische Bedenken geltend, die, wie er meint, nur im Wege der Gesetzgebung zu beseitigen wären. Dagegen zeigte sich Jules Simon in einem anderen Punkte den Vorstellungen der Abgeordneten zugänglich. Viele Commune-Verurtheilte sind nämlich nach Abbüßung ihrer Strafe noch auf eine gewisse Zeit unter Polizeiaufsicht gestellt und dürfen daher nicht nach Paris zurückkehren, wo sie doch am leichtesten wieder eine angemessene Beschäftigung finden würden. Der Minister will sich über die Abstellung dieses Uebelstandes mit dem Polizeipräfecten benehmen. Siegelbewahrer Martel eröffnete den Abgeordneten gelegentlich, daß er sich aus Gesundheitsrückichten gezwungen sehe, einen vierzehntägigen Urlaub zu nehmen.

Die Anmeldefrist für die Welt-Ausstellung von 1878, welche ursprünglich morgen, den 15. Januar, ablaufen sollte, ist bis zum 1. Februar verlängert worden. Der Zuzpruch der Pariser Industrie war, wie schon erwähnt, sehr stark; die Zahl der Anmeldungen, die sich im Jahre 1867 auf 5000 belief, hatte in den letzten Tagen schon 6000 überfliegen. Dagegen zeigen sich einige wichtige Departements noch sehr lässig; eine relativ lebhaftere Theilnahme wird nur einigen industriell meist sekundären Departements, wie Hauts-Pyrénées, Finistère, Gironde, Eure-et-Loire, Nord, Somme, Loiret, Ardennen und Vogesen nachgerühmt.

Nach mehrtägligen Nachdenken über die elässischen Wahlen hat die „République française“ erst heute die Sprache wiedergefunden. Sie legt sich das für die französische Partei

so unerfreuliche Resultat in ihrer Weise aus: die deutschen Behörden hätten zu Gunsten der autonomistischen Kandidaten alle aus der napoleonischen Zeit bekannten Hebel der officiellen Kandidatur in Bewegung gesetzt; viele gute Patrioten hätten sich „aus Müdigkeit“ der Abstimmung enthalten; die Vordringlichkeit der eingewanderten Deutschen und die Leichtgläubigkeit der ländlichen Bevölkerungen, die von jedem geistigen Verkehr mit Frankreich abgeschnitten wären, hätten das Uebrige gethan.

Dabei sprechen wir, schließt die „République française“, wohl gemerkt nur vom Niedererfaß. Wir klopfen ihn nicht an, eine solche Ungeheuerlichkeit liegt uns fern. Wir wissen recht gut, wie schwer es ihm selbst ankommen mußte, und lieben ihn darum nur desto mehr. Nicht der Niedererfaß hat gesprochen, sondern seine fremden Eindringlinge. Er selbst würde, davon sind wir überzeugt, blutige Thränen vergießen, wenn er auch nur eine Ahnung von der Auslegung hätte, die man dem ihm abgelohten Votum in Berlin geben wird. Was den Obererfaß und Votbringen betrifft, so haben sie die mächtigen Bande, welche uns an sie knüpfen, noch enger gezogen und aus tiefstem Herzen sprechen wir ihnen unsere brüderliche Dankbarkeit aus.

Der Widerstand der liberal-reformirten Kirchen gegen den an dieser Stelle bereits erwähnten ministeriellen Erlaß, demgemäß Mitte Februar die dreijährigen Consistorialwahlen nach den Vorschriften der Synode vor sich gehen sollen, fängt an, sich zu accentuiren. Den ersten öffentlichen Schritt in dieser Richtung that das Consistorium von Havre, eine der zahlreichsten reformirten Gemeinden, indem es beschloß, wie im April 1874 über die synodalen Vorschriften hinwegzugehen und die bevorstehenden Wahlen nach dem seit 1802 üblichen Modus zu vollziehen, auch die Synode, welche nach dem Wunsch der Orthodoxen dieses Jahr einberufen werden soll, nicht zu beschicken. Diesen Beschluß brachte der Präsident des Consistoriums, Pastor Fontanes, zur Kenntniß des Kultusministers Martel in einem Schreiben, in welchem es u. A. heißt:

Wir leben der Zuversicht, Herr Minister, daß eine gründlichere und vollständige Prüfung der Frage Sie überzeugen wird, daß Sie durch entstellte Berichte getäuscht worden sind. Wir können nicht glauben, daß eine Regierung, welche geschlagene Wunden heilen will, von den Grundbriegen des modernen Rechts besetzt und, wie der Ministerpräsident erklärt hat, „voller Achtung für die Gewissensfreiheit ist“, die Absicht hegen kann, den Gewissen Gewalt anzuthun und den Consistorien ein neu erfundenes Glaubensbekenntniß sowie ein kirchliches Regime aufzuzwingen, wie ein solches seit der Wiederherstellung der Krone nie bestanden hat.

Türkei.

— Midhat Pascha hat an die Generalgouverneure der Provinzen ein Rundschreiben folgenden Inhalts gerichtet:

Jedermann kennt die ebenso schwierige als gefährliche Lage, in der sich der Staat durch einen Fehler der Vergangenheit befindet. Wir haben die feste Ueberzeugung, daß wir mit dem Beistand des Allerhöchsten und der Unterstützung der Nation in unferner Zeit diese Schwierigkeiten überwinden werden. In dieser Lage ist es von höchster Wichtigkeit für die osmanische Nation, daß wir in den Augen der Welt die nationale Ehre betrautigen und unsern Patriotismus beweisen. Daher müssen alle Bürger, groß und klein, mit völliger Selbstentfaltung in Eintracht und Uebereinstimmung sein und ihre Bestrebungen durch Thaten bekunden. Se. Maj. der Sultan hat in seinem Erlaß das Land mit neuen Einrichtungen ausgestattet, welche in der vergangenen Woche der Oeffentlichkeit mitgetheilt worden sind. Durch dieselben wird die Verwaltung umgestaltet und werden die alten Unterschiede unter der Bevölkerung abgeschafft werden. Alle Unterthanen des Reiches, welcher Religion sie auch angehören mögen, heißen die Osmanen. Geleitet von demselben Geiste und regiert durch dieselben Organe, sollen sich alle Bewohner aneinander anschließen, die Freiheit, die Sicherheit und die Rechte des Einzelnen beschützen und hochachten. Die Kinder desselben Vaterlandes sollen die Nothwendigkeit begreifen, mehr als je ihre Pflichten als Bürger zu üben, weil die Feinde den abnormen Zustand der Lage benutzen, um Zwietracht zu säen. Die Urheber jeglicher Unruhe, die irgendwo aus religiösen Ursachen entspringen könnten, werden als Verbrecher an der Nation und dem Vaterlande betrachtet. Wir bitten euch, in unserm Namen der ganzen Bevölkerung diese Beschlüsse mitzutheilen und alle Maßregeln zu ergreifen, um die öffentliche Ruhe ansrecht zu erhalten. Hohe Porte, 17. 29. 79. Dezember 1876.“ (Allg. Z.)

Badische Chronik.

B. Karlsruhe, 14. Jan. Gestern Abend fand im Lokale der „Eintracht“ das hier die Generalversammlung der „Fürsorge“ statt. Unter diesem Namen gründete eine Anzahl Karlsruher Lehrer auf Veranlassung des Hrn. Oberlehrer Peter vor drei Jahren einen Verein, mit der Absicht, im Falle ihres Ablebens den Hinterbliebenen eine jährliche Unterstützung zu sichern. In erfreulichster Weise erstarkte das junge Unternehmen in kurzer Zeit derart, daß heute bereits ein Grundstock-Vermögen von 3195 Mark zu verzeichnen ist. Solch ein günstiges Resultat wäre durch die Beiträge der Mitglieder ohne Beteiligung weiterer Kreise unmöglich zu erreichen gewesen, aber oft bewährte Wohlthätigkeitsstiftung, der den verschiedensten Gesellschaftskreisen hiesiger Stadt von jeher innewohnt, zeigte sich nicht bloß bei der Gründung, sondern auch bei der weiteren Entwicklung des Vereins im schönsten Lichte. Es flossen beispielweise der Vereinskasse durch Schenkungen im letzten Jahre nahe an 600 Mark zu. Die Höhe der eventuell zu verarbeitenden Unterstützungssumme, deren Festsetzung die Generalversammlung mit Rücksicht auf die verfügbaren Mittel von Jahr zu Jahr beschließt, wurde für das Jahr 1877 auf 60 Mark bemessen. Möge der Verein blühen und gedeihen und möge ihm die bisher erwiesene wohlwollende Theilnahme auch ferner erhalten bleiben!

* Karlsruhe, 15. Jan. Die im Groß. Sammlungsgebäude vereinigen Sammlungen, Naturalienkabinete und Sammlung der Alterthümer, sind im verwichenen Monat Dezember von 2281 Personen besucht worden.

† Heidelberg, 14. Jan. Bezüglich meiner Korrespondenz vom 6. d. in Nr. 7 Ihres Blattes bezeuge ich hier mehrfach der irdigen Auffassung, als behauptete meine Mittheilung eine hier in der liberalen Partei hervorgetretene Spaltung bzw. die Aufstellung eines zweiten Kandidaten neben oder an Stelle von Dr. Blum: eine Auslegung,

